

Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Sport

An die
Mitglieder
des Ausschusses für Soziales, Gesundheit und Sport
der Stadtverordnetenversammlung

Kassel

Geschäftsstelle:
Büro der
Stadtverordnetenversammlung
Rathaus, 34112 Kassel
Auskunft erteilt: Frau Seitz
Tel. 05 61/7 87-12 26
Fax 05 61/7 87-21 82
E-Mail: Koch.Seitz@stadt-kassel.de
oder stavo-buero@stadt-kassel.de

Kassel, 25.02.2008

Sehr geehrte Damen und Herren,

zur **18.** öffentlichen Sitzung des Ausschusses für Soziales, Gesundheit und Sport lade ich ein für

**Dienstag, 04.03.2008, 17.00 Uhr,
Kommissionszimmer I, Rathaus, Kassel.**

Tagesordnung:

- 1. Umsetzung und Weiterentwicklung der Grundsicherung für Arbeitssuchende in Kassel**
Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 09.12.2006
Bericht des Magistrats
101.16.216
- 2. Umsetzung des Zukunftsprogramms "Demografischer Wandel"**
Vorlage des Magistrats
Berichtersteller/in: Oberbürgermeister Hilgen
- 101.16.776 - *)
- 3. Umfang von 1 Euro Jobs in Kassel**
Anfrage der Fraktion Kasseler Linke.ASG
Berichtersteller/in: Stadtverordnete Schomburg
- 101.16.816 -
- 4. Kommunale Arbeits- und Ausbildungsförderung**
Antrag der Fraktion Kasseler Linke.ASG
Berichtersteller/in: Stadtverordnete Schomburg
- 101.16.817 -
(gleichzeitig im Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft und Grundsatzfragen)

5. **Initiative "Integration gemeinsam schaffen - christlich-muslimische Friedensinitiative"**
Anfrage der SPD-Fraktion
Berichtersteller/in: Stadtverordnete Petra Friedrich
- 101.16.819 -

6. **Barrierefreier Umbau der KVG-Haltestelle "Fuldaseen"**
Antrag der CDU-Fraktion
Berichtersteller/in: Stadtverordneter Donald Strube
- 101.16.831 -

Mit freundlichen Grüßen

Hannelore Diederich
Vorsitzende

*) Die Vorlage erhielten alle Stadtverordneten bereits mit Schreiben des Stadtverordnetenvorstehers Jürgen Kaiser am 15.01.2008.

Niederschrift

über die 18. öffentliche Sitzung
des Ausschusses für Soziales, Gesundheit und Sport
am Dienstag, 04.03.2008, 17.00 Uhr,
im Kommissionszimmer I, Rathaus, Kassel

Anwesende: Siehe Anwesenheitsliste
(Bestandteil der Niederschrift)

Tagesordnung:

1. Umsetzung und Weiterentwicklung der Grundsicherung für Arbeitssuchende in Kassel
Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 09.10.2006
Bericht des Magistrats 101.16.216
2. Umsetzung des Zukunftsprogramms "Demografischer Wandel" 101.16.776
3. Umfang von 1 Euro Jobs in Kassel 101.16.816
4. Kommunale Arbeits- und Ausbildungsförderung 101.16.817
5. Initiative "Integration gemeinsam schaffen - christlich-muslimische Friedensinitiative" 101.16.819
6. Barrierefreier Umbau der KVG-Haltestelle "Fuldaseen" 101.16.831

Vorsitzende Diederich eröffnet die mit der Einladung vom 25.02.2008 ordnungsgemäß einberufene 18. öffentliche Sitzung des Ausschusses für Soziales, Gesundheit und Sport, begrüßt die Anwesenden und stellt die Beschlussfähigkeit fest.

**1. Umsetzung und Weiterentwicklung der Grundsicherung für Arbeitssuchende in Kassel
Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 09.12.2006
Bericht des Magistrats
101.16.216**

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

„Die Zusammenführung der Arbeitslosen- und Sozialhilfe ist die grundlegende Reform in der Sozialpolitik in den letzten Jahren. In den 18 Monaten der Umsetzung des SGB II in Kassel durch die Arbeitsförderung Kassel-Stadt GmbH (AFK) mit den Gesellschaftern Stadt Kassel und Agentur für Arbeit wurden trotz der strukturell schwierigen Rahmenbedingungen große Erfolge bei der Aufbauorganisation, der Vermittlung in Arbeit, der zielgerichteten Qualifizierung und der Chancenverbesserung der Arbeitssuchenden im Arbeitsmarkt erzielt. Die Begleitung und Unterstützung dieser Arbeit durch die Stadtverordnetenversammlung ist erforderlich.

Der Magistrat wird beauftragt, im Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Sport halbjährlich über die steuerungsrelevanten Ziele, Inhalte und Ergebnisse in der Umsetzung des SGB II durch die AFK zu berichten.

In dem jeweiligen Bericht sollen neben den Eckdaten

- die wesentlichen Instrumente der Arbeitsförderung
- der Vergleich mit anderen Trägern der Grundsicherung für Arbeitssuchende
- und
- die weiteren Ziele

benannt werden.“

Vorsitzende Diederich weist darauf hin, dass allen Ausschussmitgliedern die Seite 22 neu vorliege, die bitte im Geschäftsbericht ausgetauscht werden solle.

Stadtkämmerer Dr. Barthel gibt einen kurzen Einstieg in den Geschäftsbericht 2007 der Arbeitsförderung Kassel-Stadt GmbH. Zusammen mit Herrn Ruchhöft und Frau Marx von der AFK beantwortet er alle Fragen der Ausschussmitglieder.

Zu zwei Fragen der Stadtverordneten Schomburg, Kasseler Linke.ASG

1. Wie viele Anträge wurden abgelehnt, weil die Partner Einkommen hatten?
Wenn möglich getrennt nach weiblich/männlich.
2. Zahl der erteilten Darlehen.

teilt Herr Ruchhöft mit, dass zu 1. die Zahl der abgelehnten Anträge nicht – auch nicht nach Geschlechtern getrennt - ermittelt werden kann.

Zu 2. sagt Herr Ruchhöft zu, dass die AFK prüft, ob die Gesamtzahl der Darlehen ermittelt werden kann.

Zur Kenntnis genommen.

2. Umsetzung des Zukunftsprogramms "Demografischer Wandel"

Vorlage des Magistrats
- 101.16.776 -

Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

„Das als Anlage beigefügte Zukunftsprogramm 'Demografischer Wandel' wird zum nächstmöglichen Zeitpunkt als Handlungsprogramm zur aktiven Gestaltung der demografischen Entwicklung in Kassel beschlossen und umgesetzt.“

Die Ausschussmitglieder einigen sich einvernehmlich darauf, dass die Magistratsvorlage abschließend im Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft und Grundsatzfragen diskutiert werden soll. Vorsitzende Diederich stellt die Kenntnisnahme der Magistratsvorlage fest.

Zur Kenntnis genommen.

3. Umfang von 1 Euro Jobs in Kassel

Anfrage der Fraktion Kasseler Linke.ASG
- 101.16.816 -

Anfrage

Wir fragen den Magistrat:

In welchem Umfang existieren Arbeitsgelegenheiten mit Mehraufwandsentschädigung in Kassel?

Die Antwort bitte mit der Angabe der Träger und der Einrichtungen, Zahl der Arbeitsgelegenheiten, vorgesehene Einsatzplätze, Begründung des Bedarfs, beanspruchte Qualifikationen, Aufwandsentschädigungen und Beginn sowie Ende der Maßnahmen.

Wie viele der Arbeitsgelegenheitsstellen sind aktuell wo besetzt?

Wie haben sich die Zahlen regulär Beschäftigter in den Jahren seit der Einführung von Arbeitsgelegenheiten in den betroffenen Arbeitsbereichen entwickelt?

Wie hoch ist die Quote und die absolute Zahl der Beschäftigten, die aus 1 Euro Jobs in den ersten Arbeitsmarkt integriert worden sind?

Bitte diese Beschäftigungsverhältnisse nach befristeten und unbefristeten Verträgen aufschlüsseln.

Stadtverordnete Schomburg begründet die Anfrage der Fraktion Kasseler Linke.ASG. Stadtkämmerer Dr. Barthel beantwortet die Anfrage. Die schriftliche Antwort ist der Niederschrift beigelegt.

Die Anfrage ist durch Stadtkämmerer Dr. Barthel beantwortet.

4. Kommunale Arbeits- und Ausbildungsförderung

Antrag der Fraktion Kasseler Linke.ASG

- 101.16.817 -

Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Ein Konzept für ein Qualifikationsprogramm für Arbeitslose in Kassel zu erstellen und es in der Septembersitzung 2008 des Ausschusses für Soziales, Gesundheit und Sport vorzustellen.

Geeignete Betätigungsfelder wie z.B. der Kinderbauernhof am Katzensprung oder der ehemalige Reitstall sind zu ermitteln.

Für diese Ausbildungsprojekte ist ebenfalls ein Realisierungsplan zu erstellen.

Geeignete Drittmittelinwerbungen sollen in die Konzeptüberlegungen einbezogen werden.

Die Ausbildungsvergütung soll dem Tarif entsprechen.

Stadtverordnete Schomburg begründet den Antrag der Fraktion Kasseler Linke.ASG. Stadtkämmerer Dr. Barthel nimmt dazu ausführlich Stellung. Nach kurzer Diskussion bringt Stadtverordneter Dr. Schnell, SPD-Fraktion, folgenden Änderungsantrag ein:

➤ **Änderungsantrag der SPD-Fraktion**

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Magistrat wird **aufgefordert zu prüfen, ob weitere Qualifikationsmaßnahmen für jugendliche Erwerbslose eingerichtet werden können.**

Über das Ergebnis der Prüfung soll bei der Vorstellung des nächsten Halbjahresberichts der AFK berichtet werden.

Der Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Sport fasst bei

Zustimmung: SPD, B 90/Grüne, FDP
Ablehnung: CDU
Enthaltung: Kasseler Linke.ASG
den

Beschluss

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Dem Änderungsantrag der SPD-Fraktion zum Antrag der Fraktion Kasseler Linke.ASG betr. Kommunale Arbeits- und Ausbildungsförderung, 101.16.817, wird **zugestimmt**.

➤ **Durch Änderungsantrag der SPD-Fraktion geänderter Antrag der Fraktion Kasseler Linke.ASG**

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Magistrat wird **aufgefordert zu prüfen, ob weitere Qualifikationsmaßnahmen für jugendliche Erwerbslose eingerichtet werden können**.

Über das Ergebnis der Prüfung soll bei der Vorstellung des nächsten Halbjahresberichts der AFK berichtet werden.

Der Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Sport fasst bei

Zustimmung: SPD, B 90/Grüne, Kasseler Linke.ASG, FDP
Ablehnung: CDU
Enthaltung: ---
den

Beschluss

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Dem durch Änderungsantrag der SPD-Fraktion geänderten Antrag der Fraktion Kasseler Linke.ASG betr. Kommunale Arbeits- und Ausbildungsförderung, 101.16.817, wird **zugestimmt**.

Berichtersteller/-in: Stadtverordneter Dr. Schnell

5. Initiative "Integration gemeinsam schaffen - christlich-muslimische Friedensinitiative"

Anfrage der SPD-Fraktion
- 101.16.819 -

Anfrage

Der Deutsche Städtetag hat im Dezember die Initiative „Integration gemeinsam schaffen – christlich-muslimische Friedensinitiative“ vorgestellt: Diese Initiative wird vom Deutschen Städtetag, von muslimischen und christlich-muslimischen Verbänden und bekannten Persönlichkeiten unterstützt.

Ziel der Initiative ist es:

- Gemeinsam mit Menschen aus allen Kulturkreisen ein friedliches und tolerantes Zusammenleben mit Menschen aus muslimischen Kulturkreisen in Deutschland zu fördern,
- für ein gutes Zusammenleben der Kulturen permanent und mit einfachen Mitteln und Beispielen Signale zu geben.

Ca. 12 % der Bevölkerung der Stadt Kassel sind BürgerInnen muslimischen Glaubens. Viele sind inzwischen eingebürgert.

1. Die Zahl der SeniorInnen muslimischen Glaubens nimmt zu. Werden seitens der muslimischen MitbürgerInnen Plätze in Seniorenheimen nachgefragt oder erfolgen erforderliche Betreuungen im Familienverband?
2. Gibt es Träger vorhandener Senioreneinrichtungen, die auf die besonderen Anforderungen im Hinblick auf Nahrungsversorgung, Überwindung der sprachlichen Barrieren und Vorhaltung eines Gebetsraumes vorbereitet sind oder Offenheit signalisieren, im Bedarfsfall Lösungen zu finden?

Vorsitzende Diederich schlägt vor, die umfangreiche schriftliche Antwort des Magistrats mit der nächsten Einladung an alle Ausschussmitglieder zu versenden und in der Sitzung des Ausschusses am 08. April 2008 zu beraten. Dagegen erhebt sich kein Widerspruch.

Erneute Behandlung in der nächsten Sitzung.

6. Barrierefreier Umbau der KVG-Haltestelle "Fuldaseen"

Antrag der CDU-Fraktion

- 101.16.831 -

Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Magistrat wird aufgefordert, sich der Forderung des Behindertenbeirates nach einem barrierefreien Umbau der KVG-Haltestelle „Fuldaseen“ und der Einrichtung eines gefahrlosen Überweges dort anzuschließen. Die KVG soll diesbezüglich dem Umbau der Haltestelle eine höhere Priorität als bisher einräumen.

Stadtverordneter Strube begründet den Antrag der CDU-Fraktion. Stadtkämmerer Dr. Barthel verliest eine Stellungnahme der KVG. Nach kurzer Diskussion wird festgehalten, dass der Leiter des Straßenverkehrsamtes, Herr Polzin, in der Ausschusssitzung am 08. April 2008 teilnehmen solle, um Fragen der Ausschussmitglieder zu beantworten. Dies sagt Stadtkämmerer Dr. Barthel zu.

Erneute Behandlung in der nächsten Sitzung.

Ende der Sitzung: 18.25 Uhr

Hannelore Diederich
Vorsitzende

Bärbel Seitz
Schriftführerin

Anwesenheitsliste

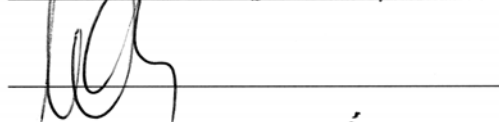
zur 18. öffentlichen Sitzung des Ausschusses für Soziales,
Gesundheit und Sport am
Dienstag, 04.03.2008, 17.00 Uhr
im Kommissionszimmer I, Rathaus, Kassel

Mitglieder

Hannelore Diederich, SPD
Vorsitzende



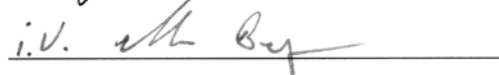
Michael Bathon, CDU
1. Stellvertretender Vorsitzender



Anja Lipschik, B90/Grüne
2. Stellvertretende Vorsitzende



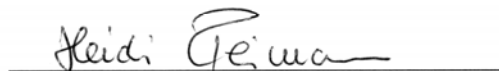
Wolfgang Decker, SPD
Mitglied



Petra Friedrich, SPD
Mitglied



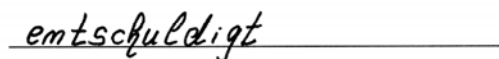
Heidi Reimann, SPD
Mitglied



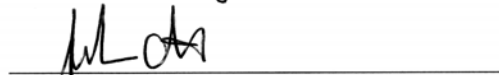
Dr. Günther Schnell, SPD
Mitglied



Sandra Rudolph, CDU
Mitglied



Lutz Schmidt, CDU
Mitglied



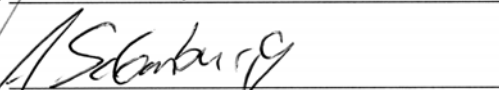
Donald Strube, CDU
Mitglied



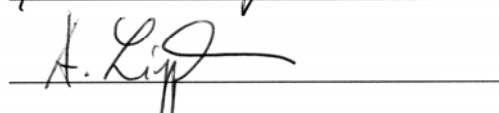
Karl Schöberl, B90/Grüne
Mitglied



Ann-Christin Schomburg, Kasseler Linke.ASG
Mitglied



André Lippert, FDP
Mitglied



Teilnehmer mit beratender Stimme

Bernd Wolfgang Häfner, FWG
Stadtverordneter



Nuray Yildirim, AUF Kassel
Stadtverordnete

Kadri Eroglu,
Vertreter des Ausländerbeirates

Kadri Eroglu

Magistrat

Bertram Hilgen, SPD
Oberbürgermeister

- entschuldigt -

Bertram Hilgen

Dr. Jürgen Barthel, SPD
Stadtkämmerer

Anne Janz, B90/Grüne
Stadträtin

Schriftführung

Bärbel Seitz,
Schriftführerin

B. Seitz

Verwaltung/Gäste

Gast: Ines Hoyer

K.-W. Rosehöhn (Mediengewerkschaft)

Fuchs (Behindertenrat)

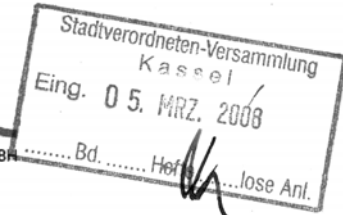
Ulrich Bicker -M-

Ulrich Bicker

Petra Marx AFU

Rudolph AFU

P. Marx
Rudolph



ARBEITSFÖRDERUNG KASSEL-STADT GmbH Obere Königsstr. 8, 34117 Kassel

Herrn Stadtkämmerer
Dr. Barthel
Magistrat der Stadt Kassel
im Hause

Rathaus
Obere Königsstraße 8
34117 Kassel

Telefon (05 61) 7 87 - 12 72
Telefax (05 61) 7 87 - 50 00

21. Februar 2008 /schf

Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Sport am 04.03.2008
Anfrage der Kasseler Linke.ASG vom 30.01.2008
Vorlagen Nr. 101.16.816
Umfang von 1 Euro Jobs in Kassel

Sehr geehrter Herr Dr. Barthel,

wir schlagen vor, die Fragen wie folgt zu beantworten:

Frage:

In welchem Umfang existieren Arbeitsgelegenheiten mit Mehraufwandsentschädigung in Kassel?

Die Antwort bitte mit der Angabe der Träger und der Einrichtungen, Zahl der Arbeitsgelegenheiten, vorgesehene Einsatzpläne, Begründung des Bedarfs, beanspruchte Qualifikationen, Aufwandsentschädigungen und Beginn sowie Ende der Maßnahmen.

Antwort:

Im Jahr 2007 wurden insgesamt **230 Maßnahmen** bewilligt. Dadurch wurden insgesamt **907 Arbeitsgelegenheiten (AGH)** geschaffen, die für **1428 Personen** einen ersten Schritt zur beruflichen Integration darstellten. Die Einsatzplätze wurden durchweg bei öffentlichen Verwaltungen und frei-gemeinnützigen Trägern eingerichtet. Die Besetzung orientiert sich primär am Bedarf der Kunden; dabei wird das Ziel der Aktivierung, Integration und Chancenverbesserung im Arbeitsmarkt verfolgt. Die Dauer der AGH liegt in der Regel zwischen 6 und 12 Monaten; abweichend kann individuell eine andere Zuweisungsdauer vereinbart werden. Die Mehraufwandsentschädigung wird i. H. v. 1,- € bzw. 1,50 € bei Kunden durch die Träger gezahlt und von der AFK erstattet.

Frage:

Wie viele Arbeitsgelegenheiten sind aktuell wo besetzt?

- 2 -

Sitz Kassel
Amtsgericht Kassel
HRB
13597

Geschäftsführung:
Detlev Ruchhöft

Stellvertretung:
Jan Rümenap

Bankverbindungen:
Regionaldirektion Hessen
BBk Kassel
BLZ: 520 000 00
Kto: 53001600

Arbeitsförderung Kassel-Stadt
Kasseler Sparkasse
BLZ: 520 503 53
Kto: 2 161 099

Antwort:

Aktuell arbeitet die AFK mit **44 verschiedenen Trägern** zusammen, die teilweise eine „Brückenkopf-Funktion“ wahrnehmen, d.h. die Verfahren und Bereitstellung von AGH für einzelne Einsatzstellen und Einzelplätze für Antragsteller bündeln (z. B. Stadt Kassel, Diakonisches Werk Kassel usw.).

Frage:

Wie haben sich die Zahlen regulär Beschäftigter in den Jahren seit der Einführung von Arbeitsgelegenheiten in den betroffenen Arbeitsbereichen entwickelt?

Antwort:

Hierzu liegen keine Informationen vor. Es ist jedoch sichergestellt, dass durch die AGH keine regulären Arbeitsplätze bei den Trägern bzw. Einsatzstellen besetzt oder vermindert werden.

Frage:

Wie hoch ist die Quote und die absolute Zahl der Beschäftigten, die aus 1 Euro Jobs in den ersten Arbeitsmarkt integriert worden sind?

Bitte diese Beschäftigungsverhältnisse nach befristeten und unbefristeten Verträgen aufschlüsseln.

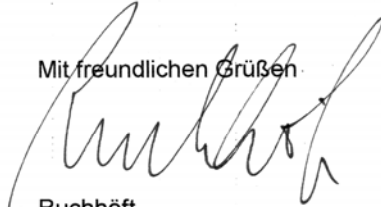
Antwort:

Im Jahr 2007 konnten **94 Personen** unmittelbar während oder direkt im Anschluss an die Arbeitsgelegenheit in den ersten Arbeitsmarkt integriert werden, das entspricht einer **Quote von 6,5 %**.

Dazu ist festzustellen, dass mit den AGH nicht primär die direkte Integration in den ersten Arbeitsmarkt verfolgt, sondern durch die AGH und parallele bzw. anschließende Qualifikationsmaßnahmen für Kunden mit Vermittlungshemmnissen die Verbesserung der Chancen am Arbeitsmarkt erreicht wird.

Eine Aufschlüsselung der Beschäftigungsverhältnisse ist nur mit unverhältnismäßig hohem Aufwand möglich, da im Einzelfall bei den Arbeitgebern nachgefragt werden müsste.

Mit freundlichen Grüßen



Ruchhöft
Geschäftsführer

Sitz Kassel
Amtsgericht Kassel
HRB
13597

Geschäftsführung:
Detlev Ruchhöft

Stellvertretung:
Jan Rümenap

Bankverbindungen:
Regionaldirektion Hessen
BBk Kassel
BLZ: 520 000 00
Kto: 53001600

Arbeitsförderung Kassel-Stadt
Kasseler Sparkasse
BLZ: 520 503 53
Kto: 2 161 099

Umsetzung des Zukunftsprogramms "Demografischer Wandel"

Berichtersteller/-in: Oberbürgermeister Hilgen

Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

„Das als Anlage beigefügte Zukunftsprogramm 'Demografischer Wandel' wird zum nächstmöglichen Zeitpunkt als Handlungsprogramm zur aktiven Gestaltung der demografischen Entwicklung in Kassel beschlossen und umgesetzt.“

Begründung:

Kassel wird zukünftig weniger Einwohnerinnen und Einwohner haben. Der Anteil junger Menschen wird sinken und der Anteil älterer Menschen zunehmen. Gleichzeitig werden immer mehr Bürgerinnen und Bürger aus Zuwandererfamilien in Kassel leben.

Die Stadt Kassel will den demografischen Wandel aktiv gestalten statt verwalten.

Ein detaillierter Ziel- und Maßnahmenkatalog sowie das als Anlage beigefügte Zukunftsprogramm sind in dezernatsübergreifenden Arbeitssitzungen entwickelt worden. In den Schwerpunktbereichen Bildung, Kultur und Strukturentwicklung sollen fünf konkrete Leuchtturmprojekte umgesetzt werden. Das Sprachvermögen von Kindern im Vorschulalter, die Ansiedlung innovativer Unternehmen in Nähe der Universität, die kulturelle Bildung von Kindern und Jugendlichen durch die Weiterentwicklung museumspädagogischer Angebote, die kommunale Bildungsverantwortung sowie das innerstädtische Wohnen sollen gefördert und ausgebaut werden. Für die Haushaltsberatungen 2008 wurden entsprechende Mittel angemeldet. In zwei Zukunftskonferenzen fanden die städtischen Entwürfe und Projekte die Zustimmung der Beteiligten.

Der Magistrat hat die Vorlage in seiner Sitzung am 17. Dezember 2007 beschlossen.

Bertram Hilgen
Oberbürgermeister

Demografischer Wandel

Zukunftsprogramm

der

Stadt Kassel

- Entwurf -

Stand: 6. Dezember 2007

Inhaltsverzeichnis	Seite
1. Der Blick in die Zukunft	2
2. Was auf Kassel zukommt	2
2.1. Die Probleme	3
2.2. Die Chancen	3
3. Der Weg in die Zukunft:	3
3.1. Die Zukunftsziele	4
3.2. Die Zukunftsfelder	4
3.2.1. Bildung und Kultur	5
3.2.2. Strukturentwicklung	7
4. Die Leuchtturmprojekte	8
4.1. Verbesserung der Sprachförderung im Vorschulalter	8
4.2. Wissensbasierter Gewerbepark (Science Park)	9
4.3. Museumsgestaltung und -pädagogik	9
4.4. Bildungsregion Waldau	9
4.5. Wohnen und Wohnumfeld in der Innenstadt	10
5. Die Grundlagen der Zukunft	10
5.1. Regionale Zusammenarbeit	10
5.2. Kinder- und Jugendarbeit	11
5.3. Kultur	12
5.4. Städtebau	12
5.5. Integration	13
6. Kassels Projekt Zukunft: Der Plan	14

1. Der Blick in die Zukunft

Kassel wird weniger Bürger haben. Der Anteil junger Menschen wird sinken, der Anteil alter Menschen zunehmen. Gleichzeitig stammen immer mehr Kasseler Einwohnerinnen und Einwohner aus Zuwandererfamilien. Es gilt, den Wandel ins Positive zu wenden. Die Erfahrungen älterer Menschen müssen genutzt werden. Menschen aus Zuwanderungsfamilien sollen zum Wohle aller die Möglichkeiten verwirklichen, die das Leben in Deutschland und die Herkunft aus einer anderen Kultur in sich bergen. Kassel will den Wandel gestalten statt verwalten. Deshalb wurde das Projekt Demografischer Wandel gestartet, das landesweit Modellcharakter hat. Die Vertreterinnen und Vertreter der Stadtgesellschaft haben auf der 2. Zukunftskonferenz einmütig das Zukunftsprogramm gebilligt. Politik, Verwaltung und Akteure aus Wirtschaft, Kultur, Religion, aus den Vereinen und Organisationen wollen gemeinsam Wirtschaftskraft und urbane Kultur stärken, den Stadtfrieden sichern und mehr Verantwortung für die Ausbildung der jungen Menschen übernehmen. In den Zukunftsfeldern Bildung, Kultur und Strukturentwicklung werden fünf Leuchtturmprojekte den Wandel beispielhaft angehen. Die Stadt Kassel wird hier in ihre Zukunft investieren. Eine Erfolgskontrolle wird sicherstellen, dass diese Investitionen Gewinne bringen.

2. Was auf Kassel zukommt

Kassel wird in der Studie „Wegweiser Demographischer Wandel 2020“ der Bertelsmann Stiftung aus dem Jahr 2006 dem Demografietypp „Stabile Großstädte mit geringem Familienanteil“ zugerechnet, dem auch Städte wie Köln, Bielefeld, Wiesbaden und Braunschweig angehören. Weniger, älter, bunter, so lassen sich die Folgen des Wandels beschreiben.

Weniger: Die Einwohnerzahl sinkt von heute 194.000 auf 184.000 im Jahr 2020 und auf 158.000 im Jahr 2050. Trotzdem zieht Kassel eine große Zahl junger Menschen an, die wegen Bildung und Ausbildung in die Stadt kommen. Wer eine Familie gründet, zieht allerdings oft ins Umland und kommt erst in die Stadt zurück, wenn die Kinder das Elternhaus verlassen. In 50,8 % der Haushalte lebt nur ein Mensch.

Älter: Der Anteil der unter 18-Jährigen in Kassel wird sinken: von 16 % im Jahre 2005 auf 14,8 % im Jahre 2020. Der Anteil der 60 – 79-Jährigen wird im gleichen Zeitraum steigen: von 19,6 % auf 22,3 %. Der Anteil der über 80-Jährigen wächst besonders stark: von 6 % auf 6,9 % im Jahr 2020 und auf 13,6 % im Jahr 2050.

Bunter: 12,0 % der Einwohner Kassels hatten 2006 keinen deutschen Pass. Der Anteil der Zuwanderer insgesamt (etwa mit deutschem Pass aus der ehemaligen Sowjetunion) ist deutlich höher: Schon heute stellen sie etwa 40 % der Kinder und Jugendlichen. Diese Zahl wird weiter zunehmen.

Verwaltung, Politik, Wirtschaft und Kultur, die Vertreter der Stadtgesellschaft und die Bürger können den Wandel gestalten. Steuern - und teilweise auch gegensteuern - muss man insbesondere bei folgenden Tendenzen:

2.1. Die Probleme

- Bürgerinnen und Bürger ziehen aus dem Umland und den städtischen Randgebieten in die zentrumsnahen Wohnlagen. Parallel dazu verringert sich die Anzahl der Einwohnerinnen und Einwohner in den städtischen Wohngebieten abseits der Innenstadt und der Stadtteilzentren.
- In einzelnen Stadtvierteln dominieren bestimmte soziale Gruppen.
- Die Nachfrage nach Gütern und Dienstleistungen insgesamt sinkt.
- Gleichzeitig herrscht eine größere Nachfrage im Bereich Güter und Dienstleistungen für ältere Menschen.
- Der Bedarf an Barrierefreiheit bei Wohnungen und im öffentlichen Raum nimmt zu.
- Die Kosten für öffentliche Einrichtungen steigen, weil weniger Menschen sie nutzen.

2.2. Die Chancen

Der Wandel in der Bevölkerung bietet aber auch Chancen.

- Mit ihren beruflichen Erfahrungen und ihrem Wissen können ältere Menschen einen wichtigen Beitrag zu Wachstum und wirtschaftlicher Entwicklung, zur Sicherung des Stadtfriedens und zur kulturellen Entwicklung leisten. Kassel wird gewinnen, wenn aktive Seniorinnen und Senioren ihr Wissen und ihre Lebenserfahrung stärker in Wirtschaft, Kultur, Politik und Gesellschaft einbringen. Hier gibt es noch viel Potenzial.
- Der Markt für Produkte und Dienstleistungen wird sich spürbar verändern. Einfache Dienstleistungen im Haushalt und in der Pflege werden gebraucht, diese Branchen werden wachsen und neue Existenzgründungs- und Beschäftigungsmöglichkeiten schaffen.
- Ältere Menschen werden Geld investieren, um ihre Wohnungen und Häuser den veränderten Bedürfnissen anzupassen. Das ermöglicht Arbeitsplätze im Handwerk und in der Baubranche.
- Junge Menschen aus Zuwandererfamilien, die in Kassel heranwachsen, haben ein riesiges Bildungspotenzial, das es zu heben gilt.
- In der Stadt werden Flächen frei, dort kann man neue Wohnungen und neue Wohnformen zu angemessenen Preisen anbieten und gleichzeitig Kassels Umweltqualität verbessern.

3. Der Weg in die Zukunft

In Zusammenarbeit mit der Stadtgesellschaft haben Politik und Verwaltung vier Zukunftsziele festgelegt:

- Stärkung der Wirtschaftskraft
- Stärkung der urbanen Kultur
- Stärkung von Bürgerverantwortung und Bürgerstolz - Sicherung des Stadtfriedens
- Stärkung der kommunalen Bildungsverantwortung

3.1. Die Zukunftsziele

Stärkung der Wirtschaftskraft: Kassel muss noch attraktiver werden – sowohl als Standort für Unternehmen als auch als Wohnort für qualifizierte Arbeitskräfte. Die

Rahmenbedingungen werden verbessert, dabei orientiert sich die Stadt auch am Bedarf regionaler Unternehmen. Die Unternehmen sind eingeladen, ihr Wissen und ihre Möglichkeiten zur stärkeren Förderung des Standortes Kassel und zur Gestaltung der Zukunftsfähigkeit von Stadt und Region einzusetzen. Das Konkurrenzdenken zwischen Stadt und Umlandgemeinden muss abgebaut, die Region Kassel als Wirtschaftsraum gemeinsam weiterentwickelt werden.

Stärkung der urbanen Kultur: Stadt- und Landschaftsplanung verfolgen eine ausgewogene Weiterentwicklung des städtischen Wohn-, Lebens- und Arbeitsraumes und festigen dadurch die Mittelpunktfunktion Kassels für die Region. Die Entwicklung konzentriert sich auf Kernbereiche; Charakter und Eigenart von Stadtteilen und Stadtvierteln werden gewahrt und gefördert. Kassel profiliert sich als Stadt mit hoher Lebensqualität und baut seinen Ruf als Kulturstadt weiter aus. Den Bürgerinnen und Bürgern Kassels bringt das mehr Lebensqualität und steigende Einnahmen durch zunehmenden Tourismus.

Sicherung des Stadtfriedens: Der Stadtfrieden muss sicher sein, gerade wenn verschiedene Kulturen und Lebensstile aufeinander treffen. Sicherheit und gefühlte Sicherheit werden gefestigt durch gute und aktive Nachbarschaft. Die Bürgerbeteiligung und Bürgerverantwortung aller Alters- und Bevölkerungsgruppen soll gefördert und dadurch dauerhafter Stadtfrieden garantiert werden. Bei allem, was geplant wird, soll immer bedacht werden, wie man Gewalt verhindern kann.

Stärkung der kommunalen Bildungsverantwortung: Alle Kinder Kassels sollen ihre Chance auf Bildung verwirklichen und als Erwachsene am wirtschaftlichen, politischen und sozialen Leben der Stadtgesellschaft teilnehmen können. Das nutzt der Wirtschaft, die qualifizierte Arbeitskräfte braucht und sichert den Stadtfrieden. Wenn alle Beteiligten - in Familien und öffentlichen Einrichtungen – gemeinsam mitwirken, haben die Kinder die besten Chancen.

Bei allen Zielen sollen Bürgerinnen und Bürger bereits in der Planungsphase mitwirken, dies garantiert eine breite Unterstützung bei der Verwirklichung konkreter Projekte.

3.2. Die Zukunftsfelder

Vom demografischen Wandel sind nahezu alle Lebensbereiche betroffen. Um die Kräfte zu bündeln, konzentriert sich die Stadt Kassel auf die Bereiche Bildung und Kultur einerseits und Strukturentwicklung andererseits. Sie stellen für die nächsten Jahre die zentralen Zukunftsfelder einer ressortübergreifenden Zusammenarbeit von Politik, Verwaltung und Stadtgesellschaft dar.

3.2.1. Bildung und Kultur

Qualifizierte Bildung für alle Einwohnerinnen und Einwohner ist der Schlüssel für eine friedliche Stadtkultur und für wirtschaftlichen Erfolg von Stadt und Region. Mit einer starken Wirtschaft wird es gelingen, die dafür nötige Infrastruktur in angemessener Qualität zu

schaffen. Mit Investitionen in die Bildung schaffen wir die Voraussetzung für soziale Teilhabe und ein starkes Bürgerbewusstsein und verhindern gleichzeitig, dass sich Teile der Gesellschaft voneinander entfernen. Angesichts des zahlenmäßigen Rückgangs der jüngeren Menschen gilt es, alle Anstrengungen zu bündeln: Auch die nachwachsenden Generationen sollen in der Region Kassel erfolgreiche Bildungs- und Berufsbiografien durchlaufen. Die Stadt Kassel richtet einen kommunalen Bildungsfonds ein, damit auch Kinder, deren Eltern finanziell schwächer gestellt sind, eine Chance haben. Nur mit gut ausgebildeten Arbeitskräften werden wir Arbeitsplätze in zukunftsträchtigen Branchen dauerhaft sichern.

Voraussetzung für den Zugang zu Gesellschaft, Kultur und Bildung ist die frühe Beherrschung der deutschen Sprache. Lernangebote müssen von klein auf soziale Benachteiligungen auffangen. Deshalb sollen in Kassel die Trennlinien zwischen Bildung, Erziehung und Betreuung abgebaut sowie Übergänge zwischen den verschiedenen Bildungsinstitutionen und der abschließende Wechsel in den Beruf reibungsloser gestaltet werden. Kindertagesstätten, Schulen, Jugendhilfe, soziale Einrichtungen, die Schulverwaltungen der Stadt Kassel und des Landes Hessen werden hier enger zusammenarbeiten.

Bereits bei kleinen Kindern und Jugendlichen in Kassel kann und soll die Begeisterung für Kunst und Kultur viel stärker als bisher geweckt werden. Hier kann und muss Fördern und Fordern einsetzen: In den künstlerischen Fächern der allgemein bildenden Schulen lernen Kinder Literatur, Bildende Kunst, Musik und teilweise auch Theater kennen. In Jugendkunstschulen, in Musikschulen sowie in verschiedenen Vereinen werden künstlerische Begabungen entdeckt und gefördert. Vielfältige Angebote wecken Interesse an Bildender Kunst, Musik, Medien, Literatur, den Zeugnissen früherer Kulturen, Theater oder der gebauten Umwelt und ermöglichen eine vertiefende Auseinandersetzung. Damit kulturelle Leistungen auch morgen noch in Anspruch genommen werden können, damit die jüngere Generation ebenso wie die gesamte Gesellschaft sich ihrer Herkunft und ihres kulturellen Erbes versichern kann, sind Investitionen in die kulturelle Bildung unerlässlich. Gemeinsam mit Förderern und Partnern werden deshalb in Kassel neue Formen von Museumsgestaltung und

-pädagogik, neue Formen der Wissensvermittlung erarbeitet.

Die Universität Kassel mit ihrer Mischung aus Studentinnen und Studenten, die einerseits der Region verbunden und andererseits am Kasseler Modell interessiert sind, bindet über Jahre talentierte Menschen an die Stadt. Um ihnen hier Perspektiven zu eröffnen und ihr Wissen für die Region zu erhalten, müssen Stadtverwaltung, Wirtschaft und Universität intensiv zusammenarbeiten. Wichtige Schritte sind: Der weitere Ausbau der Management School der Universität Kassel (UNIKIMS) als Kompetenzpartner für Personalentwicklung, Weiterbildung und Qualifizierung von Arbeitskräften; die Weiterentwicklung von UniKasselTransfer durch den Aufbau von Anwendungszentren für bestimmte Technologien; der Ausbau des so genannten Inkubatorzentrums, das die Gründung von Unternehmen aus der Universität heraus fördert sowie die Einrichtung eines Praktikalabors für kleine und mittelständische Unternehmen.

In einer alternden, vom schnellen technologischen Wandel geprägten Stadtgesellschaft, die in weiten Teilen vom Wissen lebt, wird lebenslanges Lernen immer wichtiger. Neu zu schaffende Strukturen sollen in Kassel und der Region die Angebote überschaubarer machen,

das Angebot auf den Bedarf abstimmen und Bildungsabschlüsse und Weiterbildung noch besser sichern.

Die kommunale Bildungsverantwortung umfasst alle Generationen. Auch der Übergang vom Berufsleben in den Altersruhestand soll besser gestaltet werden. Denn gerade das Lernen nach dem Beruf ermöglicht es, bis ins hohe Alter kompetent am gesellschaftlichen Geschehen teilzunehmen und sein Leben - auch mit gesundheitlichen Einschränkungen - selbstbestimmt zu gestalten. Viel gezielter – und kreativer – als bislang wird man die Potenziale von älteren Menschen auch im Bildungsbereich fördern und einbinden müssen.

Bildung ist mit Gesundheitsförderung verbunden. Eine gesunde Stadt für alle Altersgruppen und Schichten zu schaffen, ist eine sämtliche Politik- und Gesellschaftsbereiche umfassende kommunale Aufgabe. Aufbauend auf den Erfahrungen der „Gesunde-Städte“-Bewegung plant Kassel ein Bündnis, das Gesundheit zu einem Markenzeichen der Stadt Kassel macht. Gesundheitserziehung in Kindergarten und Schule, Trainingsprogramme zur Erhaltung geistiger, körperlicher und sozialer Fähigkeiten im Alter gehören ebenso dazu wie die bereits existierenden Gesundheitslotsen für Zuwanderer.

Das vielfältige kulturelle Leben Kassels ermöglicht die kulturelle Teilhabe der Bürgerinnen und Bürger – „Kultur für alle“. Aber der demografische Wandel, hin zu einem Miteinander von Menschen aus verschiedenen Kulturen, stellt den Kulturbereich vor neue Herausforderungen: Ein solchermaßen verändertes Publikum wird neue Anforderungen an Kultureinrichtungen stellen. Darauf muss man sich rechtzeitig einstellen.

Um den Wandel erfolgreich zu gestalten wird man Angehörige der unterschiedlichen Zuwanderer-Gruppen fördern und einbinden müssen. Neben dem politischen Engagement im engeren Sinne geht es um neue Formen der Freiwilligenarbeit, die dem kulturübergreifenden Austausch dienen. Denkbar sind hierbei Mentorenprojekte, Kulturvermittler und Stadtteilbotschafter. Freiwilligendienste können noch sehr viel mehr als bisher die Integration fördern, wenn Organisationen der Zuwanderer angeregt werden, zum Beispiel Jugendliche aus ihren Kulturkreisen vermehrt für solche Dienste zu gewinnen. Modellprojekte, wie das Projekt „Wir kümmern uns“, das die Bearbeitung und Lösung von Konfliktsituationen, wie sie tagtäglich im öffentlichen Raum vorkommen, zum Ziel hat, gilt es zu fördern und auszubauen.

Auch das Miteinander der Jugendlichen aus unterschiedlichen Kulturkreisen soll verbessert werden. Sportangebote in so genannten Sportgemeinschaften sollen den Vereinssport, der im Jugendbereich Mitgliederschwund beklagt, ergänzen und teilweise ersetzen. Das gerade neue eröffnete Nordstadstadion bietet ideale Voraussetzungen für solche Angebote.

3.2.2. Strukturentwicklung

Die Innenstadt soll als der Mittelpunkt städtischen Lebens und als Ort für Wohnen, Lernen, Arbeiten, Freizeit und Kultur gestärkt und aufgewertet werden. Unter dem Slogan „Besser wohnen in Kassel“ werden die Innenstadt und ihr Umfeld so weiterentwickelt, dass Kassel sowohl für Einheimische wie auch für Zuzugsinteressierte attraktiver wird – für Beschäftigte der Universität und ortsansässiger Firmen ebenso wie für Menschen aus der Region Nordhessen.

Zur besseren Anbindung des Universitätsgeländes am Holländischen Platz an die Innenstadt sollen die Barrieren der breiten Durchgangsstraßen verringert werden. Die Nachkriegssiedlungen im Bereich Pferdemarkt und Entenanger sollen zu attraktiven Wohnquartieren umgestaltet werden – etwa auch für Hochschulabsolventen und so genannte Rückkehrer aus dem Umland – ohne dass es zu einer Verdrängung bisheriger Bewohnerinnen und Bewohner kommt. Damit würden die Quartiere insgesamt belebt.

Neue Wohnformen passen sich neuen Wünschen an. Denn der jeweilige Lebensabschnitt bestimmt den Anspruch: Das Spektrum reicht von den ständig zunehmenden Singlehaushalten über Familien, Alleinerziehende bis zu alten Menschen. Neue gemeinschaftsorientierte Wohnformen beleben Stadtviertel und helfen Nachbarschaften zu stabilisieren. Grundsätzlich soll für Kassel gelten: Wohnraum für alle Lebensstile und Lebensformen. Die Wohnungen, ihr Umfeld und der öffentliche Raum sind barrierefrei. Der weitere Ausbau des Öffentlichen Personennahverkehrs auf bekannt hohem Niveau passt sich den geänderten demografischen Bedingungen schrittweise an und sorgt für eine umweltverträgliche Mobilität der Bevölkerung.

Man wird entscheiden müssen, wie bei einer schrumpfenden Bevölkerung der städtische Siedlungsraum insgesamt weiterentwickelt wird; gedacht wird dabei an eine Konzentration auf Siedlungskerne, wie Stadtteilzentren und historische Ortskerne. Die Erfahrungen, die bei der Umgestaltung der Innenstadt gesammelt werden, sollen für weitere Projekte genutzt werden, um die im gesamten Stadtgebiet vorhandenen zentralen Orte langfristig zu stärken und aufzuwerten.

Die Stadtteilzentren sollen zu Orten der interkulturellen Begegnung und Aneignung werden und so ihren Beitrag zur Sicherung des Stadtfriedens leisten. Denkbar ist, dass sich – analog der Städtepartnerschaften – Menschen aus Stadtteilen mit unterschiedlicher Sozialstruktur im Rahmen von „Stadtteilpartnerschaften“ begegnen. Der Bau einer Stadtmoschee als interkulturelles Begegnungszentrum in der Innenstadt wird durch einen Beirat begleitet. Dies ist ein weiterer Baustein zur Wahrung des Stadtfriedens in einer vielfältiger gewordenen Stadtgesellschaft.

Bei der Strukturentwicklung Kassels muss die Kooperation zwischen der Stadt Kassel, der Universität und ansiedlungswilligen Unternehmen bei Forschung und deren Umsetzung in industrielle Produktion verstärkt werden. Denn so werden hoch qualifizierte Arbeitsplätze geschaffen. Und so gelingt es Kassel im Wettbewerb mit den Metropolregionen Hochschulabsolventen in der Stadt zu halten und hochqualifizierte Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zum Umzug nach Kassel zu bewegen.

Kassel muss seine wachsende Attraktivität überregional bekannt machen. Werbe-wirksam eingesetzt werden dabei das Image der familienfreundlichen Stadt sowie Kassel als wachstumsstarker Standort für die Branchen Mobilitäts- und Verkehrstechnik sowie erneuerbare Energien. Sehr gut darzustellen sind dabei Bergpark und Kulturlandschaft sowie die Weltmarken documenta und Brüder Grimm.

4. Die Leuchtturmprojekte

„Gestalten statt verwalten“ ist das Motto des Zukunftsprogramms der Stadt Kassel. Hierfür stehen die fünf von den städtischen Dezernaten gemeinsam entwickelten „Leuchttürme“.

- Sie zeigen, wo Veränderung notwendig ist;
- Sie bieten Antworten auf zentrale Herausforderungen des demografischen Wandels;
- Sie eröffnen neue Handlungsräume;
- Sie geben allen Beteiligten und Betroffenen über die Grenzen von Gruppen, Organisationen und Institutionen hinweg die Möglichkeit zur Mitarbeit.

Um diese Leuchtturmprojekte, die bereits in den Haushalt 2008 eingebracht werden, mit der Stadtgesellschaft zu verknüpfen und die fächerübergreifende Umsetzung zu gewährleisten, arbeitet jeweils ein/e Dezernent/Dezernentin der Stadt Kassel mit einem oder mehreren Vertretern der Stadtgesellschaft zusammen. Vereine, Verbände und verschiedene Institutionen sind als Partner einbezogen. An Planung und Umsetzung sollen sich die Bürgerinnen und Bürger vor Ort beteiligen etwa durch Fach- und Bürgerforen.

Die Stadt Kassel hat ein ausdrückliches Interesse daran, die Leuchtturmprojekte mit den bereits vorhandenen oder neuen Aktivitäten von Organisationen, Vereinen, Wirtschaftsverbänden oder Kirchen zu verknüpfen. Und: Bei allen fünf Projekten will die Stadt die regionalen Aspekte berücksichtigen und mit entsprechenden Projekten und Initiativen des Landkreises enger zusammenarbeiten.

4.1. Verbesserung der Sprachförderung im Vorschulalter

Oberbürgermeister Bertram Hilgen und Christine Knüppel, Geschäftsführerin des Kulturzentrums Schlachthof, ist das friedliche Miteinander der Kulturen und Generationen in der Stadt ein besonderes Anliegen.

„Kein Kind in Kassel soll ohne ausreichende Deutschkenntnisse eingeschult werden“, ist ihr erklärtes Ziel im Leuchtturmprojekt „Verbesserung der Sprachförderung im Vorschulalter“. Ab dem dritten Lebensjahr soll in allen Kindertagsstätten in Zusammenarbeit mit den Eltern eine gezielte Sprachförderung einsetzen. Sprachdefizite – vor allem in den Zuwanderergruppen aus der Türkei und der ehemaligen Sowjetunion – werden abgebaut. Die Förderung der Herkunfts- oder Muttersprache ist dabei ein zusätzlicher Ansatzpunkt. Es gibt Überlegungen, verbreitete Herkunftssprachen wie Türkisch und Russisch als zusätzliche Qualifikation für das spätere Berufsleben gesondert zu fördern, sie könnten in Grund- und weiterführenden Schulen neben Englisch zumindest als zweite Fremdsprache angeboten werden. Nach einer Umfrage des Hessischen Sozialministeriums besteht gerade bei der Sprachförderung und besonders in Kindergärten großer Handlungsbedarf.

4.2. Wissensbasierter Gewerbepark (Science Park)

Die Universität Kassel stärken, ihr Wissen nutzen für die wirtschaftliche Entwicklung der Stadt und die Gründung neuer zukunftsorientierter Unternehmen - das ist Schwerpunkt des von Stadtkämmerer Dr. Jürgen Barthel, Dr. Anne Fenge, Mitglied der Geschäftsleitung des Bauunternehmens Hermanns AG und Dr. Oliver Fromm, Geschäftsführer von UniKasselTransfer geleiteten Projektes. Vorrangig geht es ihnen um die Schaffung

zusätzlicher und möglichst hoch qualifizierter Arbeitsplätze. Kern ist der wissensbasierte Gewerbepark (Science Park), der als Leit- und Startprojekt für das Thema „Wissenschaft und Stadtentwicklung“ in unmittelbarer Nähe zur Universität Kassel gegründet werden soll.

Bei der Realisierung des Science Parks spielt die Universität Kassel eine zentrale Rolle. Sie bietet alle für den Transfer notwendigen Dienstleistungen für die Technologie- und Personalentwicklung von Unternehmen an. Darüber hinaus bietet der Science Park auch für kleine und mittlere Unternehmen die Möglichkeit, über die Nutzung von Büro- oder Laborflächen dauerhaft oder zeitweilig mit der Universität zu kooperieren. Mit der erfolgreichen Gründung des wissensbasierten Gewerbeparks entstehen auch positive Beschäftigungseffekte im mittleren und unteren Lohnsegment. Damit wird dieses Projekt für die anderen Handlungsfelder und den Gesamtprozess von erheblicher Bedeutung sein.

4.3. Museumsgestaltung und -pädagogik

Unter dem Motto „Die Kinder von heute sind die Zukunft von morgen“ will Bürgermeister Thomas-Erik Junge in Zusammenarbeit mit Georg von Meibom, Vorstand der E.ON Mitte AG, Kindern und Jugendlichen unabhängig von ihrer sozialen und kulturellen Herkunft einen leichteren und altersgemäßen Zugang zu kultureller Bildung ermöglichen. Es soll so viel Spaß machen, in ein Museum zu gehen wie ins Kino oder auf den Spielplatz. Die städtische Kultur- und Bildungspolitik soll helfen, mit neuen Themen und Arbeitsformen in der Museumsgestaltung und der Museumspädagogik Nachwuchs zu gewinnen und zu fördern.

4.4. Bildungsregion Waldau

„Kein Mensch geht verloren“ ist das erklärte Ziel für Stadträtin Anne Janz, Professor Dr. Ute Clement, Universität Kassel sowie Professor Dr. Martin Konermann, Ärztlicher Direktor des Marien-Krankenhauses. Sie wollen, dass alle Kinder und Jugendlichen die Übergänge von Kindergarten / Schule / Ausbildung / Beruf erfolgreich bewältigen. Die Schulen sowie die Einrichtungen und Angebote der Kinder- und Jugendhilfe – von Stadt und freien Trägern – werden dazu sozialräumlich vernetzt, unnötige Grenzen aufgehoben. Leuchtturmprojekt ist dabei die „Bildungsregion Waldau“. Dort wird ein auf alle Stadtteile übertragbares Modell kommunaler Bildungsverantwortung und Gesundheitsförderung erprobt. Es gilt dabei, das vorhandene Bildungspotenzial auszuschöpfen und der Zementierung von Armut und Benachteiligungen entgegen zu wirken. Konkret heißt das: Der Anteil von Abiturienten aus den Zuwanderergruppen soll deutlich steigen und der Anteil von Jugendlichen ohne Schulabschluss ebenso deutlich sinken. Möglicherweise müssen hierzu erfolgreiche Schulmodelle wie die Offene Schule Waldau auch in anderen Stadtteilen angeboten werden. Der absehbare Rückgang der Schülerzahlen fördert eine derartige Profilbildung.

4.5. Wohnen und Wohnumfeld in der Innenstadt

Das Leuchtturmprojekt von Stadtbaurat Norbert Witte und Professor Wolfgang Schulze, Universität Kassel, trägt den Titel: „Wohnen und Wohnumfeld in der Innenstadt im Zeichen des demografischen Wandels“. Beiden geht es um die Sicherung und Stärkung des Wohnstandortes Innenstadt als Bestandteil eines multifunktionalen städtischen Raumes. Sie wollen attraktive Wohnangebote für verschiedene Lebensformen (Familien, Generation 50plus, Singles, Wohngruppen) schaffen, die Vielfalt in der Innenstadt steigern. Prinzipiell

barrierefreie neue Wohn- und Bauformen in entsprechend qualitativvoller Architektur, die dem veränderten Altersaufbau Rechnung tragen, werden entwickelt. Partner sind die Wohnungsbaugesellschaften und private Eigentümer, mit denen eine möglichst breite Zusammenarbeit gesucht wird – etwa in Fragen der Gestaltung oder bei der Klärung von Finanzierungsmöglichkeiten.

Das Team will Lösungen für den Umgang mit alter, gegebenenfalls zukünftig nicht mehr nachgefragter Bausubstanz liefern; die Qualität der öffentlichen Freiräume und des privaten Wohnumfeldes in den Blockinnenbereichen für alle Alters- und Zielgruppen heben. Der Öffentliche Nahverkehr und die öffentlichen Verkehrsflächen sollen in punkto Barrierefreiheit und Sicherheit weiterentwickelt werden, um die Mobilität aller Einwohnerinnen und Einwohner zu sichern.

5. Die Grundlagen der Zukunft

Bereits heute ist Kassel durch zahlreiche Vorhaben für den demografischen Wandel gut gerüstet.

5.1. Regionale Zusammenarbeit

Im Zentrum steht die **Entwicklung der Region** und ihrer Zukunftsfähigkeit im europäischen Wettbewerb. Kassel ist Großstadt in der Region Nordhessen, in der es aller Voraussicht nach in den Randbereichen deutliche Verlierer des demografischen Wandels geben wird. Das lässt sich bereits jetzt an der Entwicklung der Bevölkerungszahlen und der Immobilienpreise ablesen. Um aktiv zu gestalten, muss in allen Bereichen ein regionales Bewusstsein – „Stadt und Land: Hand in Hand“ – entwickelt werden. Die Planungen für eine erfolgreiche Gestaltung der Zukunft von Stadt und Region müssen stärker miteinander vernetzt werden. Zusammenarbeit und Austausch ermöglichen es, vorhandenen Fähigkeiten wirksamer zu nutzen und voneinander zu lernen.

Eine Reihe erfolgreicher **Kooperationen** setzen hierfür bereits Maßstäbe:

- Das Regionalmanagement Nordhessen hat mit den Clustern Mobilität, dezentrale und erneuerbare Energien sowie Tourismus / Wellness / Gesundheit aktive Netzwerke geschaffen.
- Die Wirtschaftsförderung Region Kassel GmbH entwickelt und vermarktet seit Jahren erfolgreich Gewerbeflächen in Stadt- und Landkreis Kassel, berät über öffentliche Förderprogramme, unterstützt die Bildung von Unternehmensnetzwerken und betreibt aktiv Standortmarketing für die Wirtschaftsregion Kassel.
- Der Nordhessische Verkehrsverbund mit der Regiotram, die S-Bahn-Verkehr und Straßenbahn verknüpft und die Fahrzeiten umweltverträglich verkürzt, findet europaweit Anerkennung.
- Mit dem Innovationsbereich Energie/Solar setzt die Region auf einen Zukunftsmarkt, der sich im Umfeld der Universität seit mehreren Jahren in Form von Instituten wie ISET, deENet und ZUB entwickelt und der zukunftsfähige Arbeitsplätze schafft. Zudem sind die Automobil- und ihre Zuliefererindustrie tragende Säulen der deutschen Wirtschaft, denn jeder siebte Arbeitsplatz in Deutschland ist in dieser Branche angesiedelt. Kassel hat

günstige Vor-aussetzungen, auch diesen Wirtschaftszweig als Wachstumsmotor für Stadt und Region weiter auszubauen.

- Die Wirtschaftsregion Kassel liegt in der Mitte Deutschlands im Schnittpunkt europäischer Verkehrsströme. Dies ermöglicht eine effiziente Ausnutzung der Verkehrsinfrastruktur. Unternehmen können hier alle logistischen Funktionen an einem Ort zusammenfassen.
- Durch den Zweckverband Raum Kassel (ZRK) werden seit geraumer Zeit in Kooperation mit der Wirtschaftsförderung Region Kassel GmbH etwa gemeinsam Wohn- und Gewerbeflächen ausgewiesen und zum Teil auch entwickelt (zum Beispiel das Güterverkehrszentrum/GVZ).
- Bereits vor zehn Jahren haben die Stadtparkasse Kassel und die Kreissparkasse Kassel die rechtliche Fusion zur Kasseler Sparkasse, einem der größten öffentlich-rechtlichen Kreditinstitute in Hessen, vollzogen. Mit dem Begriff der „Gesellschaftsparkasse“ definiert sie ihre Verantwortung für die Entfaltung der Wirtschaft, die Unterstützung in sozialen Belangen, die Förderung des Sports und die Erhaltung kultureller Vielfalt in der Region.
- Mit der Zusammenlegung der Zulassungsstellen, der Volkshochschulen, der Ausländer- und Gesundheitsbehörden wurden weitere Etappen auf dem Weg zu einem neuartigen Zusammenschluss zurückgelegt.
- Parallel dazu gilt es auch die Zusammenarbeit in anderen Bereiche der Region Nordhessen neu zu ordnen, zum Beispiel durch eine stärkere Verzahnung von Kindergärten beziehungsweise Schulen.

5.2. Kinder- und Jugendarbeit

Mit dem Ausbau der Angebote für unter 3-Jährige und der Verbesserung der Betreuung von Grundschulkindern setzt die Stadt Kassel ein Zeichen für Kinderfreundlichkeit. Kassels Initiative für kostenlose Kindergartenplätze machte schon Schlagzeilen, als andere Kommunen dies noch für unbezahlbar hielten.

- Die Stadt Kassel unterstützt die Kindertagesstätten bei der Umsetzung des Bildungs- und Erziehungsplanes in Kooperation mit den Grundschulen.
- Ein Ganztagsangebot ist an vielen Schulen realisiert und wird in den nächsten Jahren weiter ausgebaut zu einer flächendeckenden Versorgung im Sekundar -I- Bereich.
- Mit dem „Bündnis für Familien“ bietet die Stadt seit einigen Jahren ein breites Forum für Aktivitäten rund um die Stärkung des Lebens der Familien.
- Die Kinder- und Jugendbeteiligung ist seit Jahren strukturell verankert; zahlreiche Beteiligungsprojekte sichern eine kinder- und familienfreundliche Gestaltung von öffentlichen Plätzen, Spielanlagen und Schulhöfen.

5.3. Kultur

Kultur ist das geistige Fundament menschlichen Lebens und damit auch unverzichtbar für die Weiterentwicklung einer Stadtgesellschaft – „Zukunft mit Kultur – Kultur mit Zukunft“:

- Bei dem begonnenen Prozess einer grundlegenden Neustrukturierung der Kasseler Museumslandschaft zeigt sich, dass die Weiterentwicklung der Stadt Kassel als Kunst- und Kulturstandort nicht nur ein Kulturprojekt, sondern auch ein Bildungs-, Stadt-,

Landschafts-, und Verkehrsentwicklungsprozess ist, von dem nachhaltige Impulse für die Wirtschaft ausgehen. Für dieses Projekt stellen die Hessische Landesregierung 200 Mio. € und die Stadt Kassel 20 Mio. € für den Ausbau und die Erweiterung des Brüder Grimm-Museums und des Stadtmuseums bereit.

- Im Laufe des nunmehr 12-maligen Auftretens hat die documenta ihren Status und ihren Führungsanspruch als weltweit bedeutendste Ausstellungsreihe zeitgenössischer Kunst festigen und kontinuierlich ausbauen können. Nach über fünf Jahrzehnten ist es an der Zeit, das Thema „documenta“ sowie die documenta-bezogenen und documenta-begleitenden Aktivitäten in Kassel zwischen den Ausstellungen in einem „Haus der Geschichte der documenta“ bzw. einem „documenta-Dokumentationszentrum“ auf eine breitere Basis zu stellen.
- Und: Kultur ist die Grundlage für den Stadtfrieden in einer bunten werdenden Gesellschaft. Bereits mit der Kulturhauptstadtbewerbung wurde die Bedeutung von Kultur als Motor der unterschiedlichen Entwicklungen in unserer Stadt hervorgehoben.

5.4. Städtebau

Seit dem Jahr 2000 unternimmt die Stadt Kassel neben der klassischen **Städtebauförderung** zusätzlich im Rahmen des EU-Städterneuerungsprogrammes **URBAN** vielfältige Anstrengungen, um die durch den wirtschaftlichen und sozialen Strukturwandel der letzten 15 Jahre besonders stark betroffenen Stadtteile zu stabilisieren. Zahlreiche Maßnahmen in den Programmschwerpunkten „Wirtschaftliche Entwicklung“, „Integration und soziale Durchmischung“ und „Umweltverbessernde Maßnahmen“ spiegeln den ganzheitlich ausgerichteten integrierten Planungsansatz wider und weisen beispielhaft den Weg für die Bewältigung der aktuellen und zukünftigen Probleme.

Bereits in den vergangenen Jahren hat die Stadt Kassel durch das **Ausweisen von Gewerbegebieten** in Kassel-Waldau Unternehmen die Möglichkeit eröffnet, sich in Kassel anzusiedeln oder zu vergrößern. So wurden Arbeitsplätze gesichert und positive Effekte bei den Gewerbesteuererträgen erzielt. Der Aufbau des Technologie- und Gründerzentrums (FidT) auf der Marbachshöhe ermöglichte die Neuansiedlung vieler kleinerer innovativer Unternehmen.

5.5. Integration

Bereits seit 1978 leistet der gemeinnützige Verein „Kulturzentrum Schlachthof“ einen wesentlichen Beitrag zur **Integration** von Menschen unterschiedlicher sozialer und ethnischer Herkunft und fördert die Kommunikation unter den Bevölkerungsgruppen – nicht nur in der Kasseler Nordstadt. Zentrale Zielsetzung ist es, Frauen und Männern dabei zu helfen, sich in Deutschland zurechtzufinden und hier eine neue, eigene Lebens- und Berufsperspektive zu finden.

Die **Arbeitsförderung** Kassel-Stadt GmbH (AFK) mit ihrem Auftrag, die Wiedereingliederung in den Arbeitsmarkt und die soziale Integration für Langzeitarbeitslose zu organisieren und zu sichern, setzt im Kontext der Herausforderungen des demografischen Wandels zielgruppenbezogene Schwerpunkte. Für Jugendliche wird der Übergang von der Schule in den Beruf geebnet; Maßnahmen der beruflichen Qualifizierung helfen, das Angebot

von Fachkräften in der Region zu sichern; Existenzgründer erhalten ebenso gezielte Förderung wie Alleinerziehende und ältere Arbeitssuchende.

Mit dem Projekt „**Sozialplanung**“ hat die Stadt Kassel einen neuen kooperativen Prozess mit Freien Trägern der Wohlfahrtspflege in Gang gesetzt. Dezernatsübergreifend erfolgen eine abgestimmte Bedarfsermittlung sowie die Konzeptionalisierung und Finanzierung sozialer Hilfen, um auch in Zukunft Menschen in Notsituationen ganzheitliche Hilfe und Förderung zu sichern.

Die Selbstbestimmung, Teilhabe und Versorgungssicherheit von Menschen in schwierigen Lebenssituationen – sei es aufgrund wirtschaftlicher Not, bei Behinderung oder chronischer Erkrankung – gilt es angesichts auch demografiebedingt ansteigender Fallzahlen aufrecht zu erhalten. Dies ist mit den Leistungen der Grundsicherung, der Hilfe zur Pflege, der Eingliederungshilfe und Integration sowie mit der Betreuungsbehörde in Kassel bereits in vorbildlicher Weise gewährleistet.

Bereits seit 1981 besteht in Kassel eine kontinuierliche Fortschreibung der **Altenhilfeplanung**. Die Stadt setzt hiermit den Rahmen für eine an den Kompetenzen älterer Menschen ansetzende Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements, der Förderung lebenslangen Lernens und der gesundheitsbewussten Lebensführung. In enger Abstimmung mit den unterschiedlichen Anbietern von Hilfs- und Pflegeangeboten wirkt die Stadt an der Sicherung der Versorgung unter den Gesichtspunkten von Teilhabe, Selbstbestimmung und Kultursensibilität mit.

Mit dem Ausländerbeirat, dem Behindertenbeirat und dem Seniorenbeirat stärkt die Stadt Kassel die Mitgestaltung der Personengruppen, die von Ausgrenzung oder anderen Erschwernissen bedroht sind und gewährleistet gleichzeitig, dass sich Verwaltungshandeln deren Belangen gegenüber sensibilisiert.

6. Kassels Projekt Zukunft: Der Plan

Die 1. Zukunftskonferenz im November 2006 zeigte die Auswirkungen des demografischen Wandels auf. Die Vertreter der Stadtgesellschaft diskutierten die von der Stadt Kassel erarbeiteten Ziele und Maßnahmen, die Verwaltung machte eine Bestandsaufnahme vorhandener Projekte.

Anschließend dokumentierte die Stadtverwaltung mit den Beteiligten systematisch alle Projekte und Projektideen zum Thema Bevölkerungswandel. Es wurden Projekte und Projektideen bestimmt, bei denen sich die Stadt Kassel als Kooperationspartner beteiligt oder eine Koordinationsfunktion übernimmt. Die Gesamtbetrachtung zeigte, dass es nützlich ist, die Veränderungen auf einzelne Felder zu konzentrieren. So wurden zusammen mit den Partnern die Leuchtturmprojekte entwickelt.

Das bisherige Verfahren hat sich bewährt und wird beibehalten:

- Verwaltung und Politik entwickeln Vorschläge und Maßnahmen.
- Von außen kommende Fachleute kommentieren, ändern und ergänzen sie.

- Vertreter der Stadtgesellschaft (beispielsweise Verbände, Kammern, Kirchen, gesellschaftliche Gruppen) entwickeln eigene mit dem Gesamtprozess vernetzte Projekte.
- Fachübergreifende Konferenzen garantieren Information nach außen und fachlichen Rat aus verschiedenen Blickwinkeln.

Auf der 2. Zukunftskonferenz im September 2007 wurden die Ergebnisse in einem größeren Kreis von Akteuren aus Verwaltung, Politik, Wirtschaft und Stadtgesellschaft diskutiert. Politik und Verwaltung präsentierten das Zukunftsprogramm und die fünf Leuchtturmprojekte. Die Konferenz billigte beides einmütig im Grundsatz. Politik und Verwaltung nahmen die Ergänzungs- und Korrekturvorschläge der Teilnehmerinnen und Teilnehmer in die Vorhaben auf.

Neben den Leuchttürmen der Stadt wurden weitere Demografieprojekte aus der Stadtgesellschaft und dem Landkreis vorgestellt. Diesen Projekten bot die Konferenz eine Plattform, über ihre Arbeit zu informieren und sich weiter zu vernetzen. Die Konferenz ist damit dem Ziel, Stadtgesellschaft und Region gemeinsam unter einem Zukunftsprojekt zu versammeln, einen Schritt näher gekommen.

Zudem entwickelten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer ein Organisationsmodell für die weitere Zusammenarbeit. Sie sicherten der Stadt Unterstützung und Mitarbeit zu, indem sie die 1. Kasseler Zukunftsvereinbarung unterzeichneten.

Nachdem die politischen Gremien das Projekt diskutiert und die entsprechenden Beschlüsse gefasst haben, wird nun das in der Konferenz entwickelte Organisationsmodell realisiert. Das heißt: Magistrat und Dezernentenkonferenz entscheiden – unterstützt durch eine externe Fachkommission – über die weitere Gestaltung des Prozesses und die Umsetzung der Leuchtturmprojekte einschließlich ihrer ständigen Bewertung.

Die Gesamtprojektleitung steuert den Prozess, sorgt durch dezernatsübergreifende Kommunikation für die Vernetzung der Handlungsziele, koordiniert die Umsetzung der Leuchtturmprojekte, organisiert die Beteiligung der internen und externen Planungsgruppe, gewährleistet die Vernetzung mit den demografischen Initiativen und Projekten der Stadtgesellschaft beziehungsweise der Region, regt die Umsetzung weiterer Projektideen an und ist verantwortlich für die Entwicklung von Kommunikationsplattformen (Fach-, Bürgerforen, Zukunftskonferenzen) sowie neuer Formen der Öffentlichkeitsarbeit.

Die Umsetzung der Leuchtturmprojekte erfolgt genau wie die Projekte aus der Stadtgesellschaft und der Region durch klassisches Projektmanagement.

Für die Gestaltung des weiteren Gesamtprozesses ist die Stadt Kassel bereit, die Koordinierung zu übernehmen und eine geeignete Erfolgskontrolle zu organisieren. So können entsprechend dem Vorschlag der Teilnehmerinnen und Teilnehmer der 2. Zukunftskonferenz die formulierten Ziele und die ausgewählten Maßnahmen während der Umsetzung ständig auf ihre Wirksamkeit hin überprüft und bei Bedarf korrigiert werden.

**Impressum:
Stadt Kassel
Der Oberbürgermeister
Rathaus
34112 Kassel**

Stand: 12/2007

Umfang von 1 Euro Jobs in Kassel

Anfrage

zur Überweisung in den Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Sport

Wir fragen den Magistrat:

In welchem Umfang existieren Arbeitsgelegenheiten mit Mehraufwandsentschädigung in Kassel?

Die Antwort bitte mit der Angabe der Träger und der Einrichtungen, Zahl der Arbeitsgelegenheiten, vorgesehene Einsatzplätze, Begründung des Bedarfs, beanspruchte Qualifikationen, Aufwandsentschädigungen und Beginn sowie Ende der Maßnahmen.

Wie viele der Arbeitsgelegenheitsstellen sind aktuell wo besetzt?

Wie haben sich die Zahlen regulär Beschäftigter in den Jahren seit der Einführung von Arbeitsgelegenheiten in den betroffenen Arbeitsbereichen entwickelt?

Wie hoch ist die Quote und die absolute Zahl der Beschäftigten, die aus 1 Euro Jobs in den ersten Arbeitsmarkt integriert worden sind?

Bitte diese Beschäftigungsverhältnisse nach befristeten und unbefristeten Verträgen aufschlüsseln.

Um schriftliche Antwort wird gebeten.

Fragesteller/-in: Stadtverordnete Schomburg

gez. Norbert Domes
Fraktionsvorsitzender

Kommunale Arbeits- und Ausbildungsförderung

Antrag

zur Überweisung in den Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Sport
und den Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft und Grundsatzfragen

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Ein Konzept für ein Qualifikationsprogramm für Arbeitslose in Kassel zu erstellen und es in der Septembersitzung 2008 des Ausschusses für Soziales, Gesundheit und Sport vorzustellen.

Geeignete Betätigungsfelder wie z.B. der Kinderbauernhof am Katzensprung oder der ehemalige Reitstall sind zu ermitteln.

Für diese Ausbildungsprojekte ist ebenfalls ein Realisierungsplan zu erstellen.

Geeignete Drittmittelwerbungen sollen in die Konzeptüberlegungen einbezogen werden.

Die Ausbildungsvergütung soll dem Tarif entsprechen.

Begründung:

Im Landkreis Kassel werden arbeitslose Jugendliche seit vielen Jahren in der Sanierung des Wasserschoß Wülmerssen qualifiziert. Neben dem Hauptziel der Qualifikation wird mit dem Aufbau einer Jugendbegegnungsstätte zusätzlich ein gesellschaftlicher Wert geschaffen.

Berichtersteller/-in: Stadtverordnete Schomburg

gez. Norbert Domes
Fraktionsvorsitzender



Vorlage Nr. 101.16.819

Kassel, 12.02.2008

Initiative "Integration gemeinsam schaffen - christlich-muslimische Friedensinitiative"

Anfrage

zur Überweisung in den Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Sport

Der Deutsche Städtetag hat im Dezember die Initiative „Integration gemeinsam schaffen – christlich-muslimische Friedensinitiative“ vorgestellt: Diese Initiative wird vom Deutschen Städtetag, von muslimischen und christlich-muslimischen Verbänden und bekannten Persönlichkeiten unterstützt.

Ziel der Initiative ist es:

- Gemeinsam mit Menschen aus allen Kulturkreisen ein friedliches und tolerantes Zusammenleben mit Menschen aus muslimischen Kulturkreisen in Deutschland zu fördern,
- für ein gutes Zusammenleben der Kulturen permanent und mit einfachen Mitteln und Beispielen Signale zu geben.

Ca. 12 % der Bevölkerung der Stadt Kassel sind BürgerInnen muslimischen Glaubens. Viele sind inzwischen eingebürgert.

1. Die Zahl der SeniorInnen muslimischen Glaubens nimmt zu. Werden seitens der muslimischen MitbürgerInnen Plätze in Seniorenheimen nachgefragt oder erfolgen erforderliche Betreuungen im Familienverband?
2. Gibt es Träger vorhandener Senioreneinrichtungen, die auf die besonderen Anforderungen im Hinblick auf Nahrungsversorgung, Überwindung der sprachlichen Barrieren und Vorhaltung eines Gebetsraumes vorbereitet sind oder Offenheit signalisieren, im Bedarfsfall Lösungen zu finden?

Fragesteller/-in: Stadtverordnete Petra Friedrich

gez. Uwe Frankenberger, MdL
Fraktionsvorsitzender

Vorlage Nr. 101.16.831

Kassel, 18.02.2008

Der Antrag wurde von der antragstellenden Fraktion in der Sitzung des Ausschusses für Soziales, Gesundheit und Sport am 06. Mai 2008 zurückgezogen.

Barrierefreier Umbau der KVG-Haltestelle "Fuldaseen"

Antrag

zur Überweisung in den Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Sport

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Magistrat wird aufgefordert, sich der Forderung des Behindertenbeirates nach einem barrierefreien Umbau der KVG-Haltestelle „Fuldaseen“ und der Einrichtung eines gefahrlosen Überweges dort anzuschließen. Die KVG soll diesbezüglich dem Umbau der Haltestelle eine höhere Priorität als bisher einräumen.

Begründung:

Die Haltestelle wird wegen der nahe liegenden Sporthalle der Behindertensportgemeinschaft täglich von Menschen mit Behinderungen genutzt. Durch die Lage der Haltestelle (in einer Kurve und vor/hinter einer Kuppe) ergeben sich immer wieder gefährliche Situationen.

Berichtersteller/-in: Stadtverordneter Donald Strube

gez. Eva Kühne-Hörmann, MdL
Fraktionsvorsitzende